



Bild Keystone/a

Nun ist die Radio- und Fernsehgebühr unabhängig vom Gerät zu bezahlen.

«Die lokalen Stationen gewinnen»

Anders als das hauchdünne Ja der Schweiz zum neuen **Radio- und Fernsehgesetz** ist das kantonale Ja deutlich: 55 Prozent der Freiburger haben sich dafür ausgesprochen.

MIREILLE ROTZETTER

«Das neue Gesetz entzieht der Wirtschaft 200 Millionen Franken.» – «Aber nicht den kleinen und mittleren Unternehmen, die ihr doch auch vertreten.» – Dieses kurze Geplänkel fand gestern gegen 15 Uhr zwischen den CVP-Mitgliedern Christine Bulliard und Daniel Bürdel im Freiburger Rathaus statt. Nationalrätin Bulliard verteidigte das neue Radio- und Fernsehgesetz, Grossrat Bürdel bekämpfte es als stellvertretender Direktor des Freiburgischen Arbeitgeberverbandes, welcher eine Sektion des Schweizerischen Gewerbeverbandes ist.

Obwohl um 15 Uhr bereits klar war, dass Freiburg die Vorlage mit 55 Prozent der Stimmen befürwortet hatte, sah es schweizweit äusserst knapp aus. «Ich glaube an ein Nein», sagte Bürdel. «Ich an ein Ja», sagte Bulliard – und sie sollte recht behalten.

«Gutes Signal»

«Die lokalen Radio- und Fernsehstationen sind nun die

Gewinner», sagte Bulliard, die das Freiburger Ja-Komitee zur Gesetzesrevision präsiert hatte, zum Resultat. Denn diese erhielten bisher insgesamt 54 Millionen Franken der Gebühren, neu sollen es bis zu 27 Millionen mehr sein.

Auch SP-Nationalrätin Valérie Piller-Carrard, ebenfalls Mitglied des Ja-Komitees, freute sich: «Das ist ein gutes Signal.» Die Bevölkerung habe verstanden, dass es bei der Gesetzesrevision darum gehe, ein einfacheres, gerechteres und günstigeres System einzuführen. Dies trotz der Kampagne des Gewerbeverbandes, der ihrer Meinung nach «falsche Argumente» vorgebracht hatte. «Denn nicht nur die Bevölkerung gewinnt nun, auch den Unternehmen bringt die Revision Vorteile.» Es seien die wenigsten Firmen, die künftig eine Gebühr für Radio und Fernsehen bezahlen müssten.

Das Zückerchen

Anders sah das Daniel Bürdel. «Die kleinen und mittleren Unternehmen werden nun noch mehr belastet», sagte er.

Dass lokale Radio- und Fernsehstationen profitierten, sei nur eine Nebenschiene der Vorlage. «Dafür hätte man andere Finanzierungsquellen finden sollen.» Das Zückerchen für die Bevölkerung sei sicherlich gewesen, dass Privathaushalte neu etwas weniger bezahlen müssen.

«Neue Steuer»

Dem Freiburger Ja-Komitee hatten alle Freiburger Nationalrätinnen und -räte ausser dem SVP-Vertreter Jean-François Rime, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, angehört. Doch obwohl FDP-Nationalrat Jacques Bourgeois die Vorlage befürwortete, hatte sich die kantonale FDP dagegen ausgesprochen. «Der Systemwechsel führt von einer Gebühr zu einer Steuer, die nun einfach alle bezahlen müssen», sagte FDP-Grossrätin und Vizedirektorin des regionalen Arbeitgeberverbandes Nadine Gobet. Sie bedauere, dass die Vorlage angenommen wurde, da sie der Wirtschaft und den Unternehmen schade.